

### Atomkraft Abgebrannt

Die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Hanne Lore Kraft fordert Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (beide SPD) auf, die Urananreicherungsanlage in Gronau zu schließen. Hendricks hatte sich geweigert, der Fabrik die Betriebsgenehmigung zu entziehen, wie aus der Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl hervorgeht. Jetzt schrieb NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) an Hendricks, die Schließung der Fabrik entspreche der „Beschlusslage höchster politischer Gremien“ der Republik. Ihre



Urananlage in Gronau

Weigerung stehe im Widerspruch zum Atomausstieg, den der Bundestag beschlossen hat: Es sei nicht nachvollziehbar, warum Vorprodukte für Atomkraftwerke in Gronau weiterhin hergestellt werden. Für die deutschen AKW, die bis 2022 vom Netz gehen, gebe es keinen Bedarf; für den Export zu produzieren sei nicht im Sinne des Beschlusses, mit dem der Bundestag auf die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahre 2011 reagiert hatte. gt

JENS SCHLÜTER / DDP IMAGES

### EU-Kommission Mehr Deutsch in Brüssel

Die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, hat den Sprachenstreit in Brüssel neu angefacht. „Wenn Großbritannien die EU verlässt, gibt es keinen Grund mehr, die deutsche oder französische Sprache als Verfahrenssprachen weiter zu diskriminieren“, sagt der Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Johannes Singhammer (CSU). Pläne der EU-Kommission sehen nach Angaben Singhammers vor, den deutschen Sprachdienst mit seinen rund hundert Übersetzern um etwa zehn Prozent zu reduzieren. Gleichzeitig stocke jedoch die Überset-

zung wichtiger Gesetzestexte ins Deutsche. So seien die Vorschläge der Kommission zur Visaliberalisierung der Türkei erst mit vier- bis fünfwöchiger Verzögerung in deutscher Fassung beim Bundestag in Berlin eingetroffen; die Verordnungsvorschläge zur Neufassung der Dublin-Regeln sollen erst Ende Juli auf Deutsch vorliegen, obwohl sie seit Anfang Mai fertig sind. „Durch die ungewöhnlich lange Übersetzungsdauer werden die Beratungen im Bundestag erheblich erschwert“, sagt der Parlamentsvizepräsident. Statt bei deutschen Übersetzern sollte die Kommission nun lieber in der englischen Übersetzungsabteilung mit ihren 130 Mitarbeitern sparen. mp

### Europa

#### „Ich halte das für falsch“

CDU-Vize **Armin Laschet**, 55, über die Reaktion seiner Partei auf den Brexit und seine These von der Notwendigkeit eines Kerneuropas

**SPIEGEL:** Herr Laschet, welche Lehren ziehen Sie aus dem britischen EU-Referendum?  
**Laschet:** Man kann nicht jahrelang auf Brüssel schimpfen, um dann kurzfristig die Position zu wechseln, wie das Premierminister Cameron getan hat. Diesen Populismus müssen die Briten jetzt teuer bezahlen.

**SPIEGEL:** Sie haben keinen Weckruf für Europa gehört?  
**Laschet:** Nein. In den Neunzigerjahren habe ich regelmäßig an Treffen junger deutscher und britischer Abgeordneter teilgenommen. Diese Politikergeneration pflegt seit dieser Zeit ihre Ressentiments gegenüber Europa. Das Referendum sagt mehr über das Versagen der britischen Eliten aus als über den heutigen Zustand der EU.

**SPIEGEL:** Ressentiment gibt es nicht nur in Großbritannien.  
**Laschet:** Das stimmt, aber es hat andere Gründe. Die Sorgen um Sicherheit im umfassenden Sinne beschäftigen

viele Menschen in einer globalisierten Welt. Die Popularität von Donald Trump in den USA kann man wohl kaum mit Bürokratie in Brüssel erklären.

**SPIEGEL:** Viele in Ihrer Partei ziehen andere Schlüsse aus dem Brexit. Wolfgang Schäuble will die europäische Integration aussetzen.

**Laschet:** Er ist wie ich der Meinung, dass der Nationalstaat viele Probleme nicht allein lösen kann.

**SPIEGEL:** Er hat einer weiteren europäischen Integration eine Absage erteilt.

**Laschet:** Nein, er hat bestimmten Litaneien, hohlen Phrasen und Theoriediskussionen eine Absage erteilt. Auf Dauer kommen wir ohne eine Vertiefung Europas nicht aus. Denkbar ist, dass einige Staaten vorangehen. Wir können nicht darauf warten, bis auch der letzte der bald 27 Mitgliedstaaten dazu bereit ist. Die Bürger erwarten schnell Lösungen für den Schutz der Außengrenze, die Terrorismusbekämpfung und die äußere und innere Sicherheit.

**SPIEGEL:** Das ist das alte Konzept eines Kerneuropas.

**Laschet:** In diese Richtung müssen wir gehen. Ein solches Kerneuropa muss aber für alle offen sein und darf sich nicht auf die Gründerstaaten beschränken. Die baltischen Länder haben zum Beispiel großes Interesse, mit dabei zu sein.

**SPIEGEL:** Derzeit geht es eher in die andere Richtung: Das Freihandelsabkommen Ceta mit Kanada soll jetzt von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden.



Laschet

ROLF VENNBERND / PICTURE-ALLIANCE / DPA

**Laschet:** Ich halte das für falsch. Solche Handelsabkommen, die für ganz Europa gelten werden, müssen vom Europäischen Rat, also den Staats- und Regierungschefs, und vom Europäischen Parlament beschlossen werden.

**SPIEGEL:** Auch die Union will, dass der Bundestag sich mit Ceta beschäftigt.

**Laschet:** Der Bundestag kann der Bundesregierung für ihr Abstimmungsverhalten in Brüssel ein Votum geben. Aber die Vorstellung, dass eine 80-Prozent-Mehrheit der Großen Koalition im Bundestag bürgernäher sei als eine Entscheidung des Europäischen Parlaments, bedient genau die Anti-Brüssel-Stimmung. Als Nächstes kommt die Forderung nach Volksabstimmungen auf Bundesebene.

**SPIEGEL:** CSU-Chef Horst Seehofer erhebt sie bereits.

**Laschet:** Unsere repräsentative Demokratie hat sich bewährt. Welche Gefahren Referenden bergen, haben wir gerade in Großbritannien gesehen, wo am Tag nach der Wahl offen zugegeben wurde, dass Kernargumente für den Brexit falsch waren. Mit der CDU wird es keine Referenden auf nationaler Ebene geben. ran